

Vorlage
für die Sitzung des Senats
am 18. Februar 2014

Zentrales Finanzcontrolling

Jahresbericht 2013 der bremischen Haushalte

A. Problem

Im Rahmen der periodischen Berichterstattung sind die Berichte des zentralen Finanzcontrollings in der Regel zum (erweiterten) Halbjahr, zum Oktober sowie zum Jahresabschluss zu erstellen und dem Senat zur Kenntnisnahme und mit der Bitte um Genehmigung zur Weitergabe an den parlamentarischen Haushalts- und Finanzausschuss zuzuleiten.

B. Lösung

Die Senatorin für Finanzen legt im Folgenden den Jahresbericht 2013 des zentralen Finanzcontrollings vor. Die Kernaussagen des Berichts zum Konsolidierungskurs sind wie folgt zusammenzufassen:

- Das Land und die beiden bremischen Städte haben auch in 2013 ihre jeweiligen strukturellen Defizite stärker begrenzen können, als es zur Einhaltung des Abbau-pfades rein rechnerisch notwendig gewesen wäre und damit eine angemessene Risikovorsorge für die weitere Haushaltsentwicklung treffen.
- Insgesamt verzeichneten die bremischen Haushalte 2013 einen strukturellen Finanzierungssaldo von - 525 Mio. €. Damit konnte das entsprechende Defizit des Vorjahres um ca. 280 Mio. € und der zur Einhaltung des Konsolidierungspfades maßgebliche Grenzwert um insgesamt 352 Mio. € unterschritten werden.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Aus dem vorliegenden Bericht des zentralen Finanzcontrollings ergeben sich weder unmittelbare finanzielle noch personalwirtschaftliche Auswirkungen. Die Geschlechterperspektive im Sinne des Gender Mainstreaming wird in dem Bericht nicht berührt.

E. Beteiligung und Abstimmung

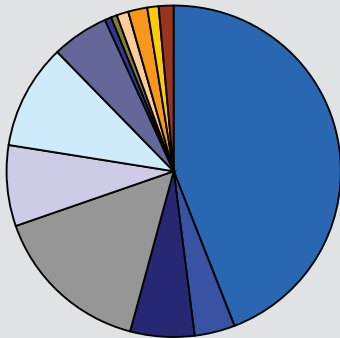
Der Bericht wurde mit der Senatskanzlei abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Der Bericht ist für die Öffentlichkeitsarbeit geeignet und wird über das zentrale elektronische Informationsregister der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

G. Beschlussvorschlag

Der Senat nimmt den Jahresbericht 2013 des zentralen Finanzcontrollings zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen, den Haushalts- und Finanzausschuss entsprechend zu informieren.



Zentrales Finanzcontrolling

Jahresbericht 2013

der bremischen

Haushalte

Impressum:

Die Senatorin für Finanzen
Presse & Öffentlichkeitsarbeit
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen
Telefon: (0421) 361 4072
Fax: (0421) 496 4072
E-Mail: office@finanzen.bremen.de

Fachliche Informationen:

Referat 20
Marko Holzschneider
Telefon: (0421) 361 6052
E-Mail: marko.holzschneider@finanzen.bremen.de

beschlossen vom Senat der Freien Hansestadt Bremen
am 18. Februar 2014

Gliederung

1.	Rahmenbedingungen	2
2.	Einhaltung des Konsolidierungskurses.....	2
3.	Kernhaushalt des Stadtstaates.....	4
3.1	Einnahmen und Ausgaben	4
3.2	Salden und Quoten.....	5
3.3	Schulden.....	6
4.	Land und Stadtgemeinde Bremen (Kernhaushalt)	7
4.1	Steuerabhängige Einnahmen	7
4.2	Sonstige Einnahmen.....	9
4.3	Personalausgaben.....	11
4.4	Zinsausgaben	12
4.5	Sonstige konsumtive Ausgaben	13
4.6	Investitionsausgaben	16
4.7	Primärausgaben	16

1. Rahmenbedingungen

Die Haushalte der bremischen Gebietskörperschaften sind seit 2011 Rahmenbedingungen unterworfen, deren Einhaltung auf Ebene des konsolidierten Stadtstaatenhaushalts mit Unterstützung des Statistischen Bundesamtes regelmäßig vom Stabilitätsrat überprüft wird:

- **Einhaltung der Schuldenbremse**
Als Hilfe zur Einhaltung der Schuldenbremse werden Bremen, solange der mit dem Bund vereinbarte Konsolidierungskurs eingehalten wird, Konsolidierungshilfen in Höhe von 300 Mio. € p.a. gewährt.
- **Sanierungsprogramm**
Als Konsequenz der vom Stabilitätsrat 2011 ermittelten „drohenden Haushaltsnotlage“ wurde das Sanierungsprogramm 2012 / 2016 aufgestellt. Im Rahmen dieses Verfahrens ist halbjährlich über den Haushalt des Stadtstaates zu berichten, wobei insbesondere Mehrausgaben gegenüber der Planung detailliert zu erläutern und zu begründen sind.

2. Einhaltung des Konsolidierungskurses

Das Land und die beiden bremischen Städte haben auch 2013 ihre jeweiligen strukturellen Defizite stärker begrenzen können, als es zur Einhaltung des Abbaupfades rechnerisch notwendig gewesen wäre und damit eine - angemessene - Risikovorsorge für die weitere Haushaltsentwicklung geschaffen. Der im Außenverhältnis relevante konsolidierte Haushalt des Stadtstaates Bremen erfüllte somit im dritten Jahr in Folge die mit dem Bund vereinbarten Auflagen zur Reduzierung des strukturellen Finanzierungsdefizits.

Insgesamt verzeichneten die bremischen Haushalte 2013 einen strukturellen Finanzierungssaldo von - 525 Mio. €. Damit konnte das entsprechende Defizit des Vorjahres um ca. 280 Mio. € und der zur Einhaltung des Konsolidierungspfades maßgebliche Grenzwert um insgesamt 352 Mio. € unterschritten werden.

Bei der innerbremischen Betrachtung haben sowohl das Land als auch die beiden Stadtgemeinden 2013 die Vorgaben des Konsolidierungspfades eingehalten. In Bremerhaven sank der Sicherheitsabstand jedoch von 13 Mio. € (2012) auf nunmehr 5 Mio. €. Die Stadt Bremen konnte den Sicherheitsabstand zum Konsolidierungspfad hingegen um 13 Mio. € auf 126 Mio. € ausbauen, während das Land den strukturellen Haushalt am deutlichsten verbessert hat und somit erstmals den höchsten Sicherheitsabstand der bremischen Gebietskörperschaften aufwies (222 Mio. €).

Die **Tabelle 1** verdeutlicht, dass dabei – anders als in den Vorjahren - die einzelnen bremischen Haushalte in hohem Maße von den strukturellen Bereinigungen profitierten. So fiel das strukturelle Defizit des Stadtstaates aufgrund der strukturellen Bereinigungen um 244 Mio. € geringer aus als das kamerale Finanzierungsdefizit (vorläufige Berechnung ohne Berücksichtigung evtl. Auswirkungen von Steuerrechtsänderungen).

Ursächlich hierfür war insbesondere, dass dem Stadtstaat - trotz der guten Steuerentwicklung - noch 77 Mio. € als strukturelle Steuerbereinigung gutgeschrieben wurden. Zudem hat die Stadt Bremen eine Eigenkapitalerhöhung der Kliniken durchgeführt, die zwar kamerateil das Investitionsniveau um 55,7 Mio. € erhöhte, als finanzielle Transaktion jedoch nicht den strukturellen Haushalt belastete.

Tab. 1: Struktureller Finanzierungssaldo / Stand: 13. Monat 2013

Kennzahl	Land HB	Stadt HB	L + G Bremen	Bremer- haven	Stadtstaat
	Mio. Euro				
KERNHAUSHALT					
Bereinigte Einnahmen	3.098,1	2.048,5	3.931,4	511,0	4.081,4
Bereinigte Ausgaben	3.313,8	2.488,4	4.587,1	623,3	4.849,2
Saldo der haushaltstechn. Verrechnungen	-1	0	-1	0	-1
Finanzierungssaldo (inkl. Verrechn.)	-216,2	-440,1	-656,3	-112,3	-768,6
BEREINIGUNGEN					
Finanzielle Transaktionen	6,6	52,0	58,6	-1,0	57,6
Finanzierungssaldo BKF	19,8	50,3	70,1	19,9	89,9
Steuerbereinigung (Konjunktur etc.)	57,3	12,1	73,5	2,0	77,4
kleine Steuern	0,0	14,7	14,7	4,0	18,6
Schlüsselzuweisungen	6,0	0,0	1,9	0,0	0,0
Struktureller Finanzierungssaldo	-126,4	-311,1	-437,5	-87,5	-525,0
Veränderung ggü. Vorjahr in %	-61	-19	-38	-6	-35
je Einwohner	-193	-569		-807	
Konsolidierungspfad	-348,0	-436,7	-784,8	-92,7	-877,5
Über-/Unterschreitung Konsopfad	221,6	125,7	347,2	5,2	352,4

3. Kernhaushalt des Stadtstaates

3.1 Einnahmen und Ausgaben

Die Einnahmeseite der bremischen Haushalte entwickelte sich 2013 sowohl zum Vorjahr (+ 246 Mio. €) als auch gegenüber dem Anschlag (+ 188 Mio. €) ausgesprochen positiv. Während die Steuereinnahmen wie geplant das Vorjahresergebnis deutlich überschritten, wiesen die nicht-steuerabhängigen Einnahmen sowohl zum Vorjahr (+ 97 Mio. €) als insbesondere auch zum Anschlag (+ 156 Mio. €) außergewöhnlich hohe Zuwächse auf.

Tab. 2: Stadtstaat Bremen

Kennzahl	IST 2013	Anschlag 2013	IST ggü. Anschlag	14. Monat 2012	IST ggü. Vorjahr
	Mio. €				
Steuerabhängige Einnahmen	3.237	3.206	+ 32	3.088	+ 149
- Steuern	2.423	2.417	+ 6	2.288	+ 135
- Länderfinanzausgleich (LFA)	565	546	+ 19	568	- 3
- Bundesergänzungszuweis. (BEZ)	250	242	+ 7	232	+ 17
Sonstige konsumtive Einnahmen	743	609	+ 134	647	+ 96
Investive Einnahmen	101	79	+ 22	100	+ 1
Bereinigte Einnahmen	4.081	3.893	+ 188	3.836	+ 246
Primäreinnahmen	4.081	3.893	+ 188	3.835	+ 246
Personalausgaben	1.440	1.437	+ 2	1.424	+ 16
Sozialleistungsausgaben	844	815	+ 29	799	+ 45
Sonstige konsumtive Ausgaben	1.327	1.267	+ 60	1.299	+ 28
Investitionsausgaben	573	495	+ 78	502	+ 71
Zinsausgaben	665	702	- 37	650	+ 15
Bereingte Ausgaben	4.849	4.716	+ 133	4.675	+ 174
Primärausgaben	4.184	4.014	+ 170	4.025	+ 160
Finanzierungssaldo	-768	-823	+ 56	-839	+ 71
Primärsaldo	-103	-122	+ 18	-189	+ 86
Konsumtiver Primärsaldo	369	295	+ 75	213	+ 157
Konsumtiver Finanzierungssaldo	-296	-407	+ 112	-438	+ 142
Investiver Finanzierungssaldo	-472	-416	- 56	-402	- 71

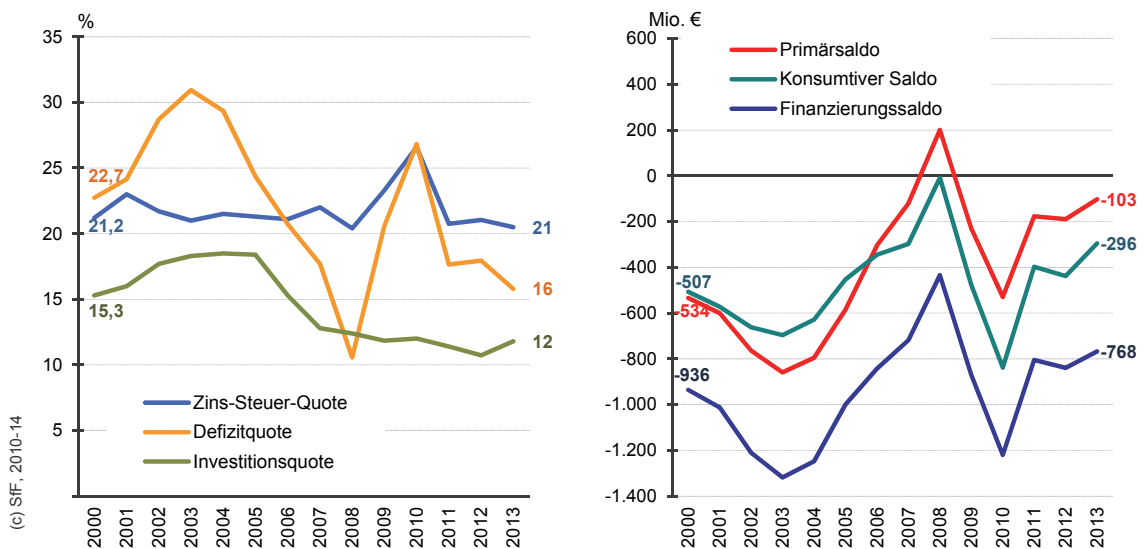
Bei weiter steigendem Schuldenstand wiesen die Zinsausgaben des Stadtstaates 2013 zwar auch eine steigende Tendenz auf, insgesamt wurde jedoch aufgrund der immer noch sehr günstigen Zinskonditionen das für 2013 geplante Ausgabeniveau um 37 Mio. € unterschritten. Die Primärausgaben verzeichneten hingegen im Jahresabschluss – in hohem Maße korrespondierend mit ebenfalls überplanmäßigen Primäreinnahmen – sowohl zum Vorjahr (+ 160 Mio. €), als auch zum Anschlag (+ 170 Mio. €)

eine deutliche Erhöhung.

3.2 Salden und Quoten

Bei der Betrachtung der haushaltsrelevanten Quoten (Abb. 1) sind die ungewöhnlich starken Schwankungen bei der Defizitquote im Zeitraum 2000 / 2011 besonders auffällig. So verzeichneten die bremischen Haushalte 2003 mit fast 31 % noch die historisch höchste Defizitquote, während fünf Jahre später der höchste Deckungsgrad der Ausgaben seit 22 Jahren erreicht wurde (Defizitquote 11 %). Aktuell wird mit ca. 16 % der sehr positive Wert von 2008 zwar deutlich überschritten, der Mittelwert der letzten zehn Jahre (20 %) wird jedoch fast ebenso deutlich unterschritten.

Abb. 1: Quoten und Salden (Stadtstaat Bremen)



Beim Anteil der Zinsausgaben an den steuerabhängigen Einnahmen (Zins-Steuer-Quote) wurde nach einem starken Anstieg in den Jahren 2009 und 2010 wieder ein ansonsten fast durchgängig zu verzeichnender Wert von rd. 21 % erreicht.

Die unbereinigte Investitionsquote der bremischen Haushalte sank von 2004 (18,5 %) bis 2012 auf 10,7 %. 2013 stieg die Investitionsquote – insbesondere aufgrund der Eigenkapitalerhöhung der Kliniken - wieder auf 11,8 % an. Ohne diesen Sonderfall hätte die Quote wie im Vorjahr 10,7 % betragen.

Bei der Entwicklung der Salden wird insbesondere die hohe Konjunkturanfälligkeit der bremischen Haushalte deutlich. Es ist die für Bremen außergewöhnlich positive Steuerentwicklung 2004 – 2008, die anschließende Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die spürbare Erholung 2011/2013 ablesbar. Trotz dieser Erholung wiesen die bremischen Haushalte im Berichtsjahr bei allen dargestellten Salden noch deutlich negativere Werte als im Jahr 2008 auf. Ein ausgeglichener Primärsaldo – also der Indikator, der darlegt, inwieweit ein Haushalt ohne Zinsvorbelastungen und Einmaleffekte über

Vermögensveräußerungen ausgeglichen werden kann - wurde 2013 um knapp über 100 Mio. € verfehlt. Dabei ist zu beachten, dass die Landesebene einen Primärüberschuss von ca. 160 Mio. € erwirtschaftete, während die Haushalte der Stadt Bremen (- 204 Mio. €) und der Stadt Bremerhaven (- 58 Mio. €) auch ohne Zinsbelastungen ein erhebliches Defizit aufwiesen.

3.3 Schulden

Mit einer **Neuverschuldung von ca. 660 Mio. €** stieg der fundierte **Schuldenstand** des Stadtstaates Bremen inklusive der Sondervermögen im Berichtsjahr auf fast **20 Mrd. €**.

Während der Schuldenstand des Kernhaushalts um ca. 750 Mio. € zunahm, wiesen die Sonderhaushalte – die seit Beginn des Konsolidierungskurses keine Kreditermächtigung mehr besitzen – eine Nettotilgung von 90 Mio. € auf. Den im Verhältnis zum Vorjahresstand höchsten Anstieg der Kernhaushalts-Schulden verzeichnete dabei - wie auch schon im Vorjahr - die Stadt Bremen (+ 8,1 %). Bremerhaven (+ 1,6 %) und das Land (+ 1,5 %) wiesen hingegen nur einen moderaten Anstieg auf.

Tab. 3: Schulden der bremischen Haushalte

	31.12.13	31.12.12	Veränderung	
	Mio Euro			%
Land und Stadtgemeinde Bremen	18.581	17.939	641	3,6
- Land Bremen	10.193	10.038	155	1,5
- Stadt Bremen	7.390	6.834	556	8,1
- Sonderhaushalte (L+G Bremen)	998	1.067	-70	-6,5
Bremerhaven	1.375	1.354	21	1,6
- Stadt Bremerhaven	1.247	1.206	41	3,4
- Sonderhaushalte	128	148	-20	-13,5
Stadtstaat Bremen	19.955	19.293	662	3,4

Damit setzt sich der längerfristige Trend fort, dass die im Ländervergleich weit überdurchschnittliche Schuldenproblematik des Stadtstaates Bremen inzwischen überproportional auf kommunaler Ebene verursacht wird. So betrug nach der zweiten Teilschuldung Bremerhavens 1993 der Anteil der kommunalen Schulden an den gesamten Schulden des Stadtstaates 9 %. Zehn Jahre später betrug dieser Anteil 36 %, während 2013 der kommunale Schuldenanteil inklusive zugeordneter Sonderhaushalte auf fast die Hälfte des Gesamtschuldenstandes (49 %) gestiegen ist.

4. Land und Stadtgemeinde Bremen (Kernhaushalt)

Tab. 4: L + G Bremen

	IST 2013	Anschlag	Differenz IST ggü. Anschlag		14. Monat 2012	Veränderung ggü. Vorjahr	
			Mio. €	in %		Mio. €	in %
Steuerabhängige Einnahmen	3.138	3.103	+ 35	+ 1,1	2.989	+ 148	+ 5,0
- Steuern	2.324	2.314	+ 9	+ 0,4	2.176	+ 148	+ 6,8
- Länderfinanzausgleich (LFA)	565	546	+ 19	+ 3,4	581	- 17	- 2,9
- Bundesergänzungszuweis. (BEZ)	250	242	+ 7	+ 3,1	232	+ 17	+ 7,5
Sonstige konsumtive Einnahmen	690	566	+ 124	+ 21,9	597	+ 93	+ 15,7
- Sozialleistungseinnahmen	171	139	+ 32	+ 22,7	136	+ 35	+ 26,0
Investive Einnahmen	103	83	+ 21	+ 24,8	101	+ 2	+ 2,0
BEREINIGTE EINNAHMEN	3.931	3.752	+ 180	+ 4,8	3.687	+ 244	+ 6,6
Primäreinnahmen	3.931	3.752	+ 180	+ 4,8	3.687	+ 244	+ 6,6
Personalausgaben	1.191	1.193	- 2	- 0,1	1.183	+ 8	+ 0,7
Sozialleistungsausgaben	766	735	+ 31	+ 4,3	721	+ 45	+ 6,2
Sonstige konsumtive Ausgaben	1.493	1.438	+ 55	+ 3,8	1.451	+ 42	+ 2,9
Investitionsausgaben	526	454	+ 73	+ 16,0	472	+ 55	+ 11,6
Zinsausgaben	611	644	- 34	- 5,2	596	+ 14	+ 2,4
BEREINIGTE AUSGABEN	4.587	4.463	+ 124	+ 2,8	4.422	+ 165	+ 3,7
Primärausgaben	3.976	3.819	+ 158	+ 4,1	3.826	+ 150	+ 3,9
FINANZIERUNGSSALDO	-656	-712	+ 56	+ 8	-735	+ 79	+ 11
Primärsaldo	-45	- 67	+ 22	+ 33	-139	+ 94	+ 68
Konsumtiver Primärsaldo	378	+ 304	+ 74	+ 24	231	+ 147	+ 63
Konsumtiver Finanzierungssaldo	-233	-341	+ 108	+ 32	-365	+ 132	+ 36
Deckungsquote (I / II)	85,7	84,1	----	----	83,4	----	----
Primärdeckungsquote	98,9	98,2	----	----	96,4	----	----
Zins-Steuerquote (8 / 1)	19,5	20,8	----	----	20,0	----	----
Investitionsquote (7 / II)	11,5	10,2	----	----	10,7	----	----

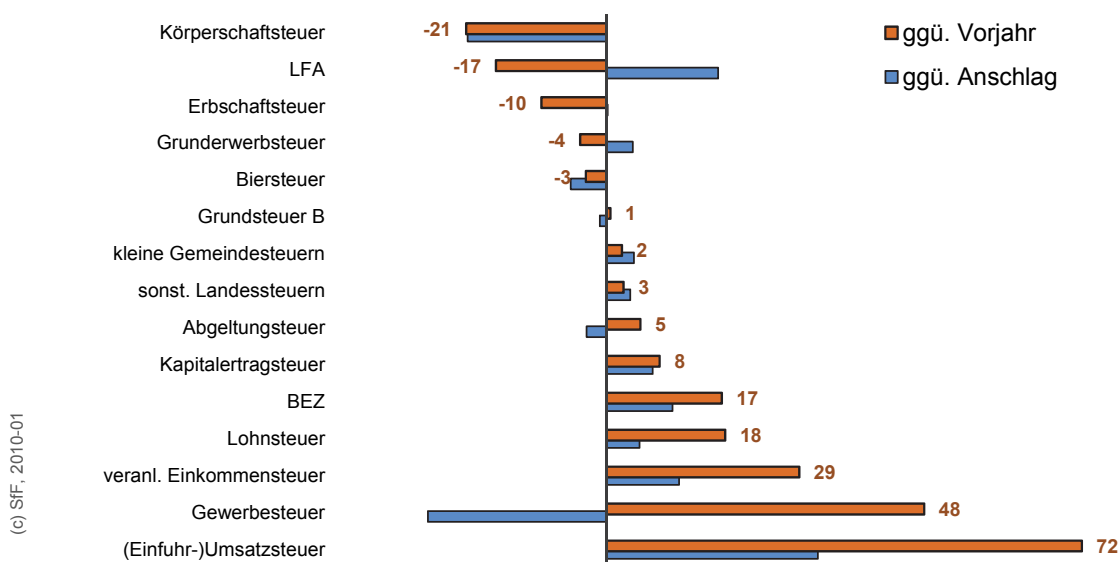
4.1 Steuerabhängige Einnahmen

Die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Steuereinnahmen der bremischen Haushalte wurden 2013 erstmalig wieder vollständig überwunden. Die **Steuereinnahmen** betragen im Land und der Stadt Bremen insgesamt 2.324 Mio. €. Damit konnte der bisherige Höchstwert des Jahres 2008 (2.237 Mio. €) deutlich überschritten werden. **Abbildung 2** verdeutlicht dabei die Entwicklung der einzelnen Steuerarten inklusive des Finanzausgleichs im Vorjahresvergleich. Dabei sind die Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich zwar um 17 Mio. € gesunken, da die Bundesergänzungszuweisungen jedoch in gleicher Höhe höher als im Vorjahr ausfielen, sind die Mehreinnahmen der steuerabhängigen Einnahmen (+ 148 Mio. €) in voller Höhe über die originären Steuereinnahmen zu erklären.

Die vier betragsmäßig besonders bedeutenden Steuerarten (Lohn- und Einkommensteuer, Umsatzsteuer und Gewerbesteuer), die für ca. 80 % aller Steuereinnahmen verantwortlich sind, entwickelten sich 2013 dabei besonders positiv:

Abb. 2: Veränderung der steuerabhängigen Einnahmen

(Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €)



(c) SIF, 2010-01

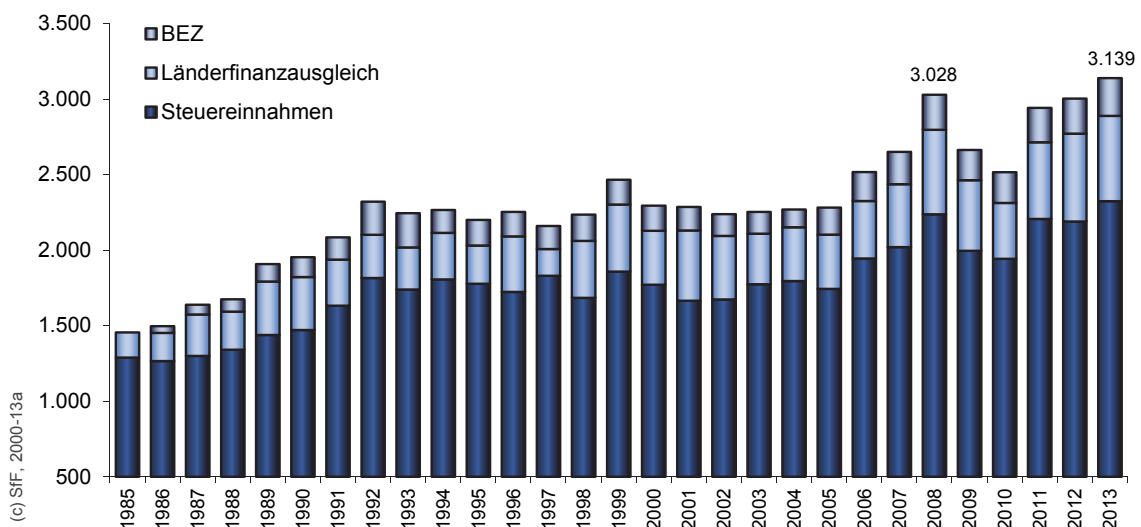
- Die in den letzten Jahren kontinuierlich stark zunehmende Umsatzsteuer (inkl. Einfuhrumsatzsteuer) erreichte 2013 mit 758 Mio. € wieder ein neues Rekordniveau. Allein in den letzten sechs Jahren konnten die Einnahmen aus dieser kassenmäßig bedeutsamen Steuerart nunmehr um über die Hälfte gesteigert werden. Zum Vorjahr wurde eine Steigerung um ca. 10 % bzw. 72 Mio. € erreicht.
- Den zweithöchsten absoluten Anstieg (+ 48 Mio. €) und mit Abstand höchsten prozentualen Zuwachs (+ 17 %) verzeichnete die Gewerbesteuer, die jedoch häufiger stärkeren Schwankungen unterworfen ist. So waren die Einnahmen der Gewerbesteuer 2012 gegenüber 2011 um 20 % gesunken.
- Die veranlagte Einkommensteuer, die eine längere Schwächeperiode zwischen 1996 und 2005 hatte, verzeichnete in den letzten sechs Jahren relativ stabile Einnahmen von 155 – 195 Mio. €. 2013 konnte mit 188 Mio. € das zweitbeste Ergebnis erreicht werden.
- Auch die Lohnsteuer entwickelte sich positiv und erreichte mit 605 Mio. € das beste Ergebnis der letzten 18 Jahre.

Negativ entwickelte sich insbesondere die Körperschaftsteuer, die 2013 noch um 21 Mio. € unter dem eher niedrigen Niveau des Vorjahres lag. Insgesamt wies diese Steuerart nur noch Einnahmen von 65 Mio. € auf. Signifikante Indikatoren, die strukturelle, z.B. branchenbezogene Entwicklungen aufzeigen, waren dabei jedoch nicht ersichtlich. Ebenfalls negativ entwickelte sich mit einem Rückgang um 10 Mio. € die Erbschaftsteuer. Dies beruhte im Wesentlichen darauf, dass 2013 im Gegensatz zu den Vorjahren überwiegend Fälle des neuen Erbschaftsteuerrechts mit hohen

steuerlichen Freibeträgen und Begünstigungen veranlagt wurden und besonders herausragende Großfälle fehlten.

Der längerfristige Vergleich der steuerabhängigen Einnahmen der bremischen Haushalte (**Abbildung 3**) verdeutlicht den kontinuierlichen Zuwachs der Steuereinnahmen nach Finanzausgleich bis 1992, das nahezu gleichbleibende Steuerniveau über die nächsten 13 Jahre, die außerordentlich positive Entwicklung 2005 – 2008, die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009/2010 sowie den Aufholprozess seit 2011 mit dem höchsten Niveau 2013.

Abb. 3: Steuerabhängige Einnahmen (L + G Bremen; in Mio. €)



4.2 Sonstige Einnahmen

Bei den nicht-steuerabhängigen Einnahmen war 2013 im Vorjahresvergleich ein außergewöhnlich hoher Zugewinn von 96 Mio. € zu verzeichnen.

Die mit + 35 Mio. € betragsmäßig bedeutsamste Veränderung beruhte auf Sozialhilfemehreinnahmen (insbesondere Grundsicherung; Abb. 4), von denen ein Teil auch nach Bremerhaven weitergeleitet wurde (s. Abb. 8). Auch andere Mehreinnahmen stehen direkt mit unvermeidlichen z. T. zweckgebundenen konsumtiven Mehrausgaben in Verbindung und beeinflussten somit die relativ hohe Zuwachsrates der Primärausgaben. So wurde die rückerstattete Versicherungssteuer (7 Mio. €) an dritte Beitragszahler weitergeleitet. Auch die Mehreinnahmen von der EU sind Drittmittel, die – wenn auch periodenübergreifend – verausgabt werden.

Die mit Mehreinnahmen von 18 Mio. € drittgrößte Einzelposition (Zinseinnahmen) steht zwar nicht direkt mit einer korrespondierenden Ausgabenposition in Verbindung, die Mehreinnahmen wurden jedoch zur benötigten Eigenkapitalaufstockung der Kliniken verwendet.

Dem stehen nur wenige und betragsmäßig eher geringe Mindereinnahmen gegenüber. Am Auffälligsten sind mit -4 Mio. € die Darlehensrückflüsse, die jedoch periodenübergreifend zu betrachten sind. Beim Konsolidierungspfad stellen Darlehen und deren Rückflüsse zudem finanzielle Transaktionen dar und werden somit beim strukturellen Haushalt nicht berücksichtigt.

Abb. 4: Veränderung der sonstigen Einnahmen 2013 gegenüber 2012 (L+G Bremen; in Mio. €)

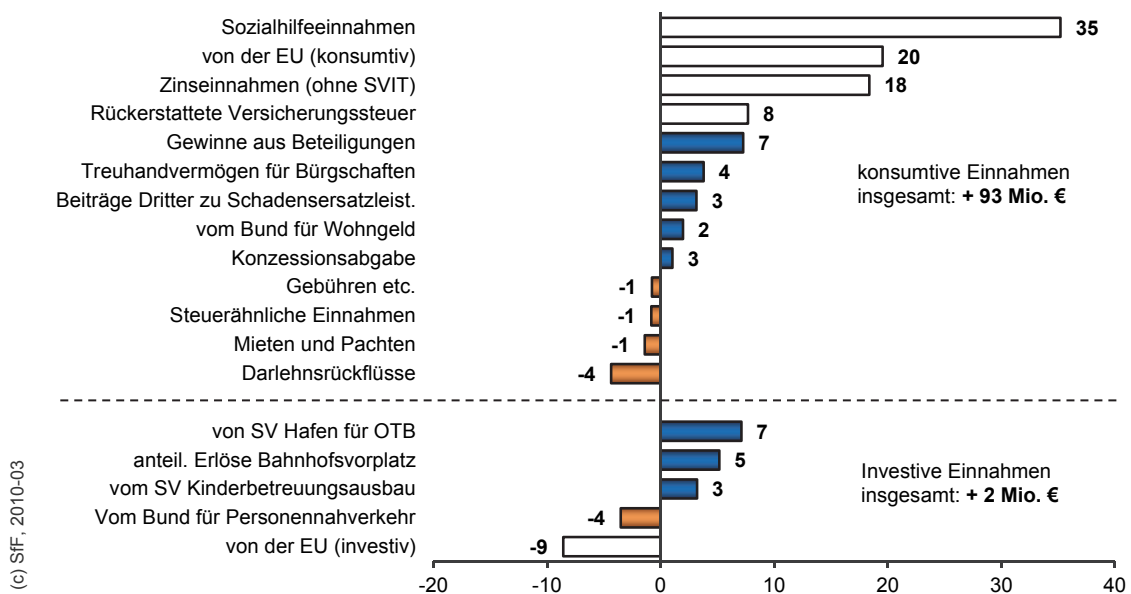


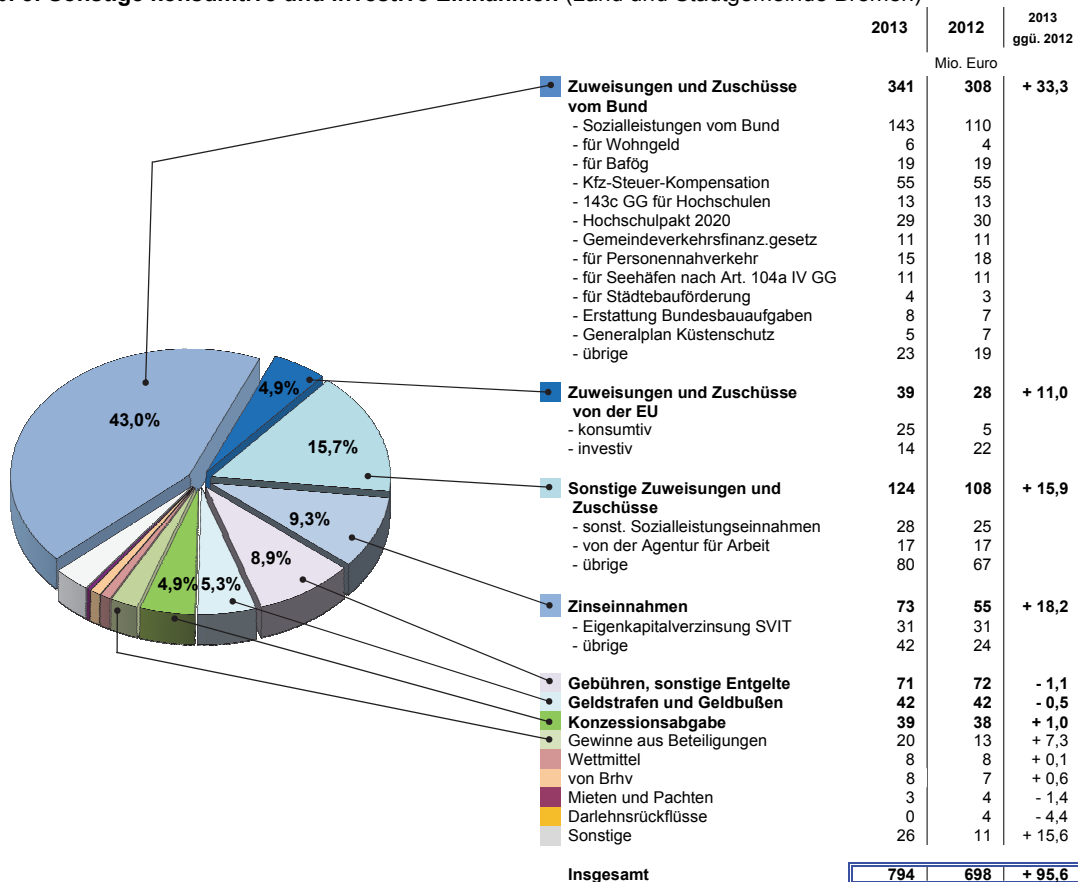
Abbildung 5 verdeutlicht das Größenverhältnis der nicht steuerabhängigen Einnahmepositionen untereinander sowie die jeweiligen Entwicklungen im Vorjahresvergleich:

Die sonstigen Einnahmen werden – ähnlich wie schon in den Vorjahren - durch Zuschüsse und Zuweisungen vom Bund geprägt (43 %). Zusammen mit den Zuschüssen von der EU bilden sie fast die Hälfte, inklusive der sonstigen Zuweisungen und Zuschüsse (von Sozialversicherungsträgern, Agentur für Arbeit etc.) sogar 64 % aller nicht-steuerabhängigen Einnahmen.

Die nächst größeren Einnahmepositionen waren im Berichtsjahr die Zinseinnahmen (inkl. Eigenkapitalverzinsung SVIT; 9 %), die Gebühren und Entgelte (9 %), die Geldstrafen und Geldbußen (5 %) sowie die Konzessionsabgabe (5 %) und die Gewinne aus Beteiligungen (3 %).

Alle übrigen Einnahmen bilden zusammen einen Anteil von 6 % der konsumtiven und investiven nicht steuerabhängigen Einnahmen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen.

Abb. 5: Sonstige konsumtive und investive Einnahmen (Land und Stadtgemeinde Bremen)



(c) SIF, 2010-06

4.3 Personalausgaben

Die Personalausgaben (ohne Personalkostenzuschüsse) in der Kernverwaltung des Landes und der Stadtgemeinde Bremen betragen im Berichtsjahr 1.191 Mio. €. Der veranschlagte Wert wurde damit leicht unterschritten (- 2 Mio. €).

Gegenüber dem Jahresabschluss 2012 stiegen die Personalausgaben mit 0,7 % deutlich unterhalb der allgemeinen Preisentwicklung (1,5 %). Damit liegt der aktuelle Zuwachs noch leicht unter dem durchschnittlichen Zuwachs der Personalausgaben der letzten zehn Jahre (+ 0,8 %).

Wie in den Vorjahren war der Zuwachs der Personalausgaben dabei fast ausschließlich über die voraussichtlich noch bis 2019 steigenden Versorgungsleistungen (+ 3,7 %) begründet. Die übrigen Personalausgaben sanken hingegen leicht, die reinen Bezüge bzw. Entgelte für die aktiv Beschäftigten stiegen marginal um 1 Mio. € gegenüber dem Vorjahr an.

Abb. 6: Personalausgaben nach Arten (Land und Stadtgemeinde Bremen)

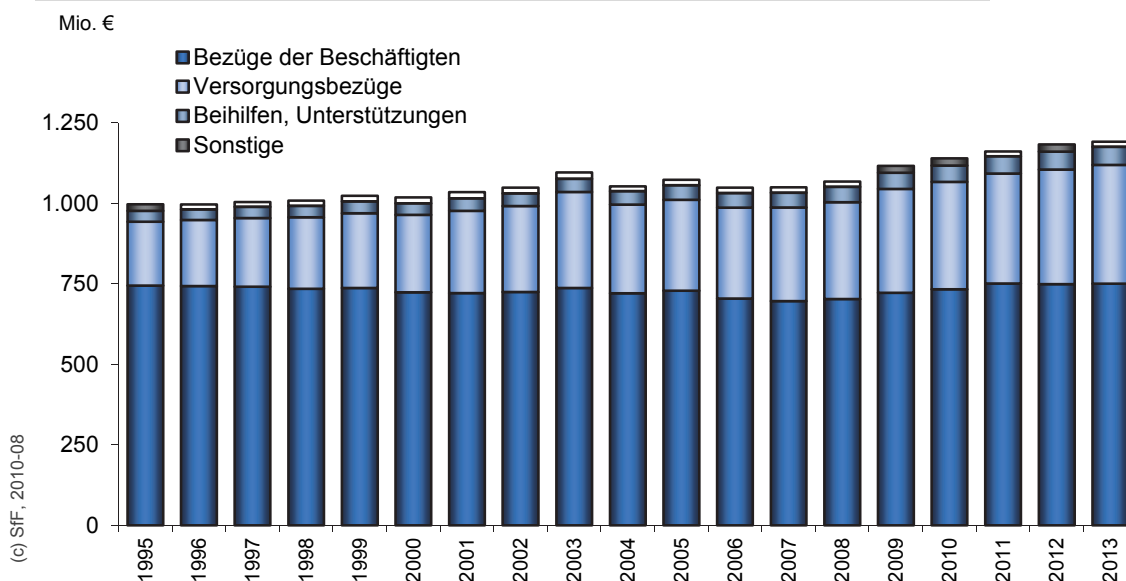


Abbildung 6 dokumentiert die Entwicklung der Personalausgaben nach Arten seit 1995. Dabei wird deutlich, dass die Aktivenbezüge in der Kernverwaltung des Landes und der Stadtgemeinde Bremen aufgrund von Ausgliederungseffekten und insbesondere aufgrund einer konsequenten Senkung des Beschäftigungsvolumens im gesamten Zeitraum nur leicht gestiegen sind (+ 1 Mio. € p.a.). Dementsprechend und aufgrund der noch kontinuierlich ansteigenden Anzahl der Versorgungsempfänger ist der Anteil der Aktivenbezüge an den gesamten Personalausgaben seit 1995 im Kernhaushalt von 75 % auf 63 % gesunken.

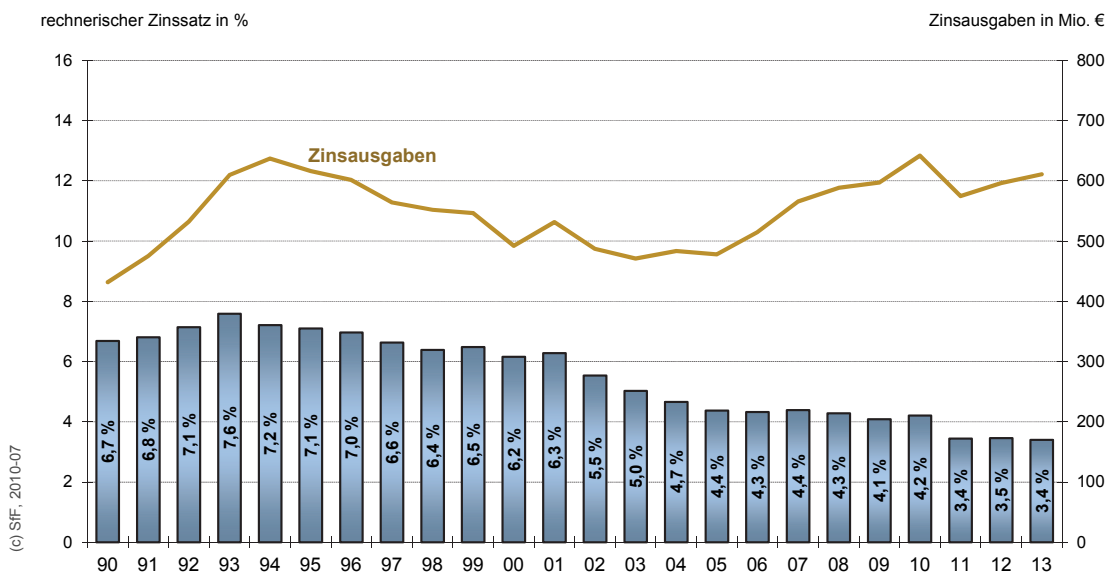
4.4 Zinsausgaben

Neben der unzureichenden Finanzausstattung für die Aufgabenwahrnehmung eines Stadtstaates bildet der Schuldenstand – und damit die Zinsbelastung – das große Problem der bremischen Haushalte. Bremen muss ca. 3,5 Mal so hohe einwohnerbezogene Zinslasten wie der Durchschnitt der Länder und Gemeinden finanzieren.

Positiv wirkte sich in den letzten Jahren das außergewöhnlich niedrige Zinsniveau aus, das maßgeblich dafür sorgte, dass im Berichtsjahr bei Zinsausgaben von 611 Mio. € wieder eine Unterschreitung der Zinsanschläge (- 34 Mio. €) erreicht werden konnte.

Rein rechnerisch – d. h. ohne Beachtung der Darlehens-Laufzeiten und der Zinsabsicherungen - hätten Zinskonditionen, wie sie Mitte der neunziger Jahre üblich waren, im Berichtsjahr zu mehr als einer Verdopplung der Zinsausgaben (auf ca. 1.300 Mio. €) geführt. Dies zeigt, wie wichtig es für die bremischen Haushalte ist, günstige Zinskonditionen für den Konsolidierungszeitraum zu sichern.

Abb. 7: Zinsausgaben und rechnerischer Zinssatz (Land und Stadtgemeinde) *



* rechnerischer Zinssatz (Zinsausgaben / Schuldenstand des Vorjahres)

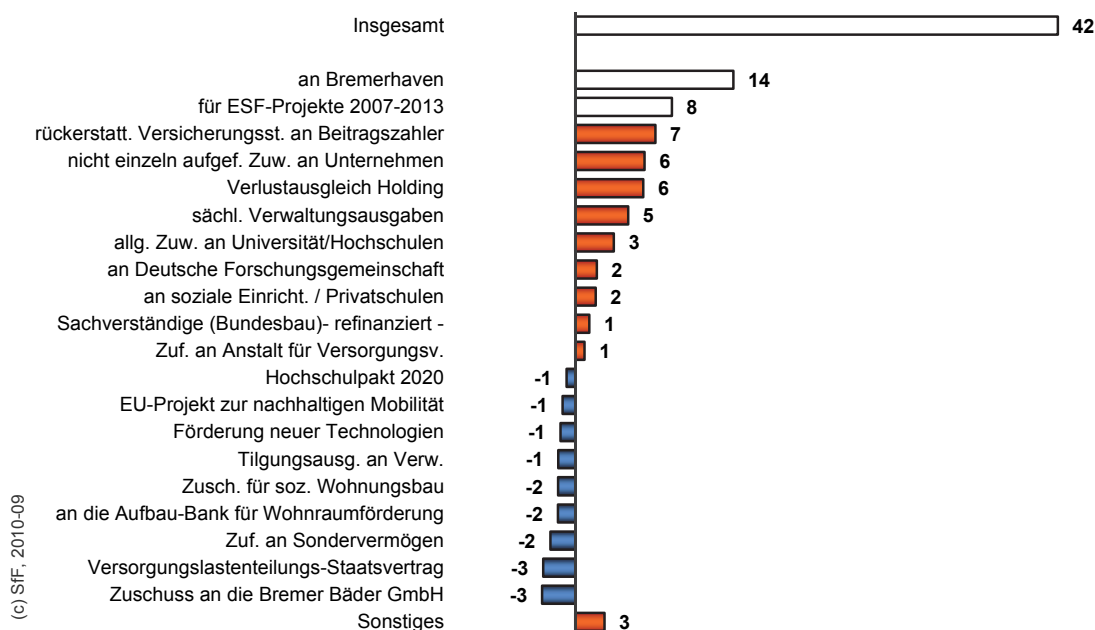
4.5 Sonstige konsumtive Ausgaben

Insgesamt stiegen die sonstigen konsumtiven Ausgaben im Vorjahresvergleich unbereinigt um 41 Mio. € bzw. 2,8 %. **Abbildung 8** zeigt dabei, dass viele der größeren Mehrausgabe-Positionen durch Sondereffekte oder weitergeleitete Mehreinnahmen erklärbar sind:

- Die mit + 14 Mio. € höchste Mehrausgabe betrifft die Zahlungen an Bremerhaven, die insbesondere von der Weiterleitung der Grundsicherungseinnahmen (+ 5,6 Mio. €), Personalkostenerstattung für Lehrkräfte (+ 4,1 Mio. €) und höheren Schlüsselzuweisungen aufgrund der guten Steuerentwicklung (+ 4,5 Mio. €) geprägt waren.
- Den 8 Mio. € Mehrausgaben für ESF-Projekte 2007-2013 stehen 23 Mio. € konsumtive Mehreinnahmen für – i.d.R. periodenfremd abgerechnete - ESF-Projekte gegenüber und
- Eine Mehrausgabe von 7 Mio. € betrifft die reine Weiterleitung von rückerstatteter Versicherungssteuer an die Beitragszahler.

Nur um diese drei betragsmäßig hohen Einzelfälle bereinigt, hätte die Zuwachsrate der konsumtiven Sachausgaben unter 1 % gelegen.

Abb. 8: Veränderung der konsumtiven Ausgaben 2013 ggü. 2012 (L + G Bremen; in Mio. €)



Die nachfolgende **Abbildung 9** verdeutlicht die Größenverhältnisse der konsumtiven Sachausgaben untereinander sowie die jeweiligen Entwicklungen im Vorjahresvergleich:

Insgesamt sind weiterhin ca. ein Drittel der konsumtiven Ausgaben für Sozialleistungen aufzuwenden. Die Zuwachsrate der Sozialleistungsausgaben in den Haushalten des Landes und der Stadt Bremen betrug dabei 6,2 %.

Innerhalb der Sozialleistungsausgaben werden zwei Drittel für die Kosten der Unterkunft, die Hilfe zur Erziehung und die Eingliederungshilfe verausgabt. Von diesen drei großen Hilfearten verzeichnete die Hilfe zur Erziehung den mit weitem Abstand höchsten Zuwachs zum Vorjahr (+ 16 %). Nur die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wiesen auf deutlich geringerem Ausgabenniveau eine ähnlich hohe Zuwachsrate auf. Die Sozialleistungserstattungen an Bremerhaven lagen mit einer Zuwachsrate von + 7,5 % erneut über der Gesamtwachstumsrate der Sozialleistungsausgaben.

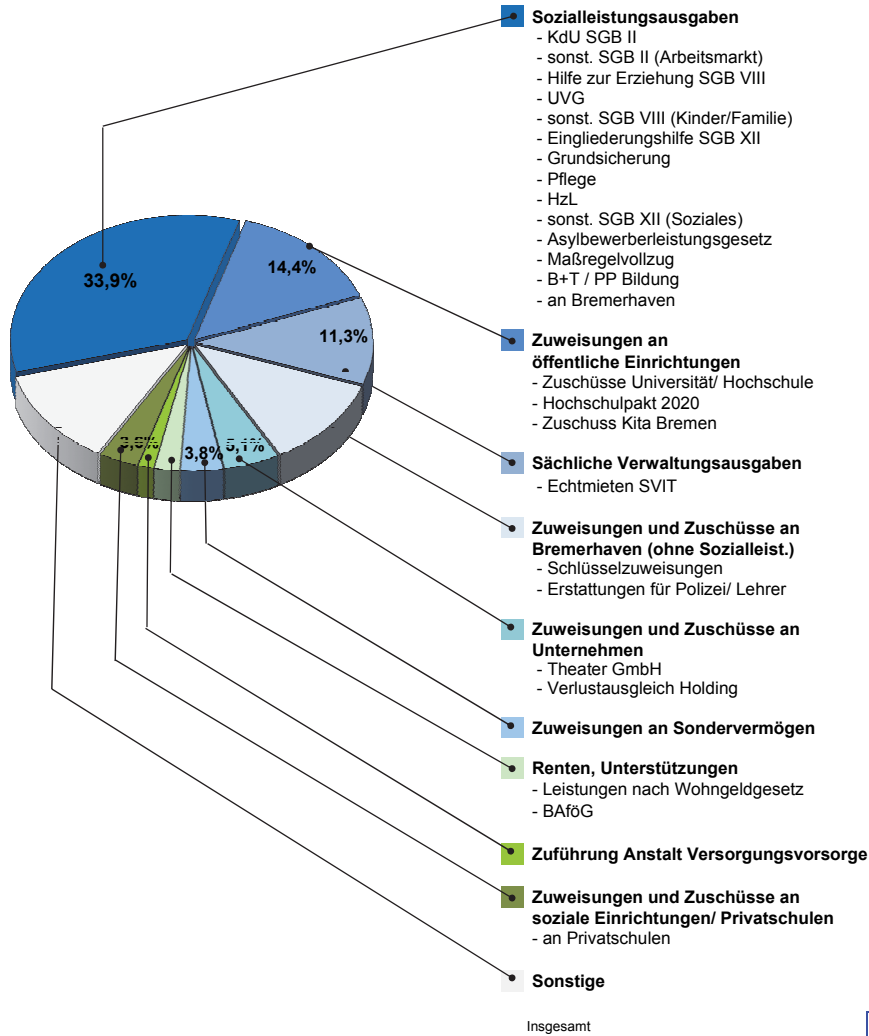
Die nach den Sozialleistungen nächst größeren laufenden Ausgabepositionen bilden 2013

- mit 14 % die Zuweisungen an öffentliche Einrichtungen, die insbesondere die Hochschulen sowie die Kita Bremen betreffen und inhaltlich in hohem Maße Personalkostenzuschüsse darstellen,

- mit 12 % die sächlichen Verwaltungsausgaben, die als größte Einzelposition die Echtsmieten an das Sondervermögen Immobilien und Technik beinhalten sowie
- die Zuschüsse und Zuweisungen an Bremerhaven (ohne Sozialleistungen 11 %).

Abb. 9: Konsumtive Ausgaben inkl. Sozialleistungen

(Land und Stadtgemeinde Bremen)



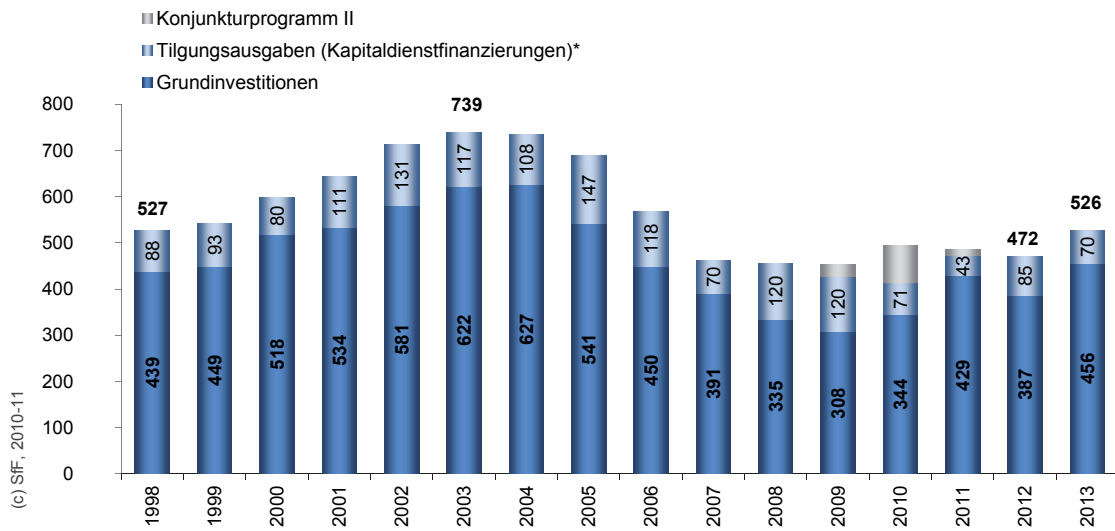
	2013	2012	2013 ggü. 2012
	Mio. Euro		
Sozialleistungsausgaben	766,0	721,1	+ 44,9
- KdU SGB II	181,0	176,7	
- sonst. SGB II (Arbeitsmarkt)	13,2	12,1	
- Hilfe zur Erziehung SGB VIII	157,5	135,6	
- UVG	9,4	9,5	
- sonst. SGB VIII (Kinder/Familie)	3,5	3,7	
- Eingliederungshilfe SGB XII	121,8	118,2	
- Grundsicherung	62,7	58,0	
- Pflege	41,8	42,0	
- HzL	17,7	17,0	
- sonst. SGB XII (Soziales)	25,0	27,0	
- Asylbewerberleistungsgesetz	26,1	22,6	
- Maßregelvollzug	13,7	13,7	
- B+T / PP Bildung	9,0	8,1	
- an Bremerhaven	74,6	69,4	
Zuweisungen an öffentliche Einrichtungen	325,0	315,6	+ 9,4
- Zuschüsse Universität/ Hochschule	203,1	199,7	
- Hochschulpakt 2020	36,3	37,0	
- Zuschuss Kita Bremen	61,6	56,6	
Sächliche Verwaltungsausgaben	255,1	305,8	- 50,7
- Echtsmieten SVIT	63,8	63,7	
Zuweisungen und Zuschüsse an Bremerhaven (ohne Sozialleist.)	261,8	247,0	+ 14,8
- Schlüsselzuweisungen	83,9	79,0	
- Erstattungen für Polizei/ Lehrer	134,2	127,3	
Zuweisungen und Zuschüsse an Unternehmen	114,9	107,3	+ 7,7
- Theater GmbH	21,5	21,2	
- Verlustausgleich Holding	33,9	27,9	
Zuweisungen an Sondervermögen	86,9	89,1	- 2,2
Renten, Unterstützungen	52,1	52,7	- 0,7
- Leistungen nach Wohngeldgesetz	9,7	11,2	
- BAföG	18,8	19,2	
Zuführung Anstalt Versorgungsvorsorge	32,1	31,3	+ 0,8
Zuweisungen und Zuschüsse an soziale Einrichtungen/ Privatschulen	82,3	72,0	+ 10,3
- an Privatschulen	24,7	24,3	
Sonstige	282,6	229,7	+ 52,9
Insgesamt	2.259	2.172	+ 87,3

4.6 Investitionsausgaben

Die unbereinigte Entwicklung der Investitionsausgaben der letzten 15 Jahre wird in der **Abbildung 10** verdeutlicht. Sie zeigt den Anstieg der Investitionen bis 2003 und die anschließende kontinuierliche Reduzierung des Investitionsniveaus bis 2007.

Senatorin für Finanzen, Referat 20

Abb. 10: Investitionsausgaben (Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €)



* ab 2011: Nur die unter Föko-Gesichtspunkten neutralen Tilgungsausgaben (BKF Gruppe 334)

Zu beachten sind jedoch die unterschiedliche Höhe der Tilgungsausgaben für Kapitaldienstfinanzierungen, die Auswirkungen der Investitionsprogramme sowie für 2013 die Eigenkapitalerhöhung der Kliniken (55,7 Mio. €). Insbesondere 2010 (ca. 80 Mio. €) sowie in geringerem Maße auch noch 2011 (13 Mio. €) wurden Ausgaben für das bundesweite, überwiegend drittmittelfinanzierte Konjunkturprogramm II kassenwirksam. 2012 lief das auf zwei Jahre befristete, eigenfinanzierte Programm zum Umbau der Verwaltung und Infrastruktur (UVI) an. Die um die Tilgungsausgaben und die Eigenkapitalerhöhung bereinigten Grundinvestitionen stiegen 2013 im Vorjahresvergleich um 3,5 %. Unbereinigt stiegen die Investitionen im Berichtsjahr hingegen um fast 12 %.

4.7 Primärausgaben

Einschließlich verschiedener Sondereffekte stiegen die Primärausgaben des Landes und der Stadtgemeinde Bremen – bei einem veranschlagten Rückgang um 7 Mio. € - im Vergleich zum Vorjahr um 150 Mio. € bzw. 3,9 %. Um den Sonderfall der Eigenkapitalerhöhung bereinigt, waren im Berichtsjahr immer noch um 94 Mio. € höhere Primärausgaben zu verzeichnen als im Vorjahr. Wie schon beschrieben, konnten 2013 jedoch in hohem Maße mit den Ausgaben in Verbindung stehende Mehreinnahmen realisiert werden. Das geplante Primäreinnahmenniveau wurde um 180 Mio. € und das Vorjahresniveau sogar um 244 Mio. € übertroffen.

Das unbereinigte Primärausgabenniveau des Stadtstaates seit 1995 ist in der **Abbildung 10** dargestellt. Sie zeigt den An- und Abstieg des Investitionsausgabenniveaus, die selbst nominal fast konstanten Personalausgaben sowie den unbereinigten, in hohem Maße durch Sozialleistungen geprägten Anstieg der konsumtiven Ausgaben insbesondere in den letzten fünf Jahren.

Abb. 10: Primärausgaben (L +G Bremen; in Mio. €)

